

# Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Herausgeber: Dr. Peter Petersen, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. W. Franz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für Subskription 1920, für den Vertrieb 1921, für den Verlag u. die Druckerei 1921. Postzustellungsnummer 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.00 Mk., monatlich 0.30 Mk. Beim Abbestellen vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 1.00 Mk., monatlich 0.30 Mk. Bei den Buchhändlern Vierteljährlich 1.20 Mk., monatlich 0.40 Mk. Einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Tarifgebühr 1.00 Mk. im Restbetrag 1.50 Mk. Bei Anzeigen bis 10 Zeilen 50 Pf. Anzeigen-Rabatt gibt berechnen, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontingente: Nr. 1228 Berlin.

Nr. 139.

Magdeburg, Donnerstag den 17. Juni 1920.

31. Jahrgang.

## Vor der Lösung?

Der Führer des Zentrums, Dr. Trimborn, setzt mit Fleiß und Umsicht seine Bemühungen, ein Kabinett zustande zu bringen, fort. Er verhandelte noch einmal mit den Genossen Herrmann Müller und Paul Döbe, die ihm aber auseinandersehen, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei und daß sein Wunsch, unsere Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden.

Trimborn versucht nun, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten zu bilden. Er wandte sich zuerst an die Demokraten. Im Auftrag der demokratischen Fraktion hat Senator Dr. Petersen folgende formulierte Erklärung Herrn Trimborn überreicht:

Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum erstenmal an mich als Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei herantrat, gestalte ich mir, das Folgende auszuführen: Nach Artikel 68 der deutschen Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir sehen, besonders nach dem leibensgefährlichen Wahlschlagen, ein Abweichen von diesem Wege für verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammenfassung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen. Nur auf dem verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezieht einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Damit haben die Koalitionen und demnächst der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen aussprechen wollen oder nicht.

Unsere Partei erklärt sich, unbeeinträchtigt durch die Gefährdung des gegen uns geführten Kampfes, ohne parteipolitische Vorbehaltenheit bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mit zu arbeiten, das durch seine Verantwortlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichne ich von vornherein folgende Punkte:

Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung. Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation. Bekämpfung jedes Versuchs der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Einräumung von Vorrechten an eine Klasse.

Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet; Ablehnung jedes Klassen- und Klassenhasses, auch des Antisemitismus.

Beseitigung der Ämter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rücksichtslos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundsätze habe ich schon jetzt hervor, weil sie mir die unerlässliche Vorbedingung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheinen. Vorschläge im einzelnen zu machen über die Führung unserer auswärtigen Politik, über die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, über die Förderung unserer kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht steht mir nicht zu, sondern es ist Sache des Programms des Reichskanzlers, sie mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen.

Niel weiter ist die Kabinettsbildung damit noch nicht gekommen. Die Demokraten scheinen aber bereit zu sein, mit der Deutschen Volkspartei in eine Regierung einzutreten.

Die „Kölnische Zeitung“, ein Organ der Deutschen Volkspartei, hat vor kurzem erklärt, daß die Stresemänner bereit sind, auf die Monarchie zu verzichten und sich wieder einmal auf den Boden der Republik zu stellen. In manchen Kreisen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei denkt man auch schon an eine

### Fusion der beiden Parteien.

Sinderlich dürften einer solchen lediglich das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Monarchie und ihre Neigung zum Antisemitismus sein. Die Verschmelzung mit den Deutschen Nationalen ginge natürlich dabei in die Brüche.

Das Programm Dr. Petersens kommt Ausführungen in Zeitungen der Deutschen Volkspartei sehr nahe und es ist sehr wahrscheinlich, daß auf dieser Grundlage eine Einigung über den gemeinsamen Eintritt in die Regierung erfolgt.

### Eine Regierung aus dem „Block der Mitte“

rückt damit näher. Diese Regierung aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten hat aber im Reichstag keine feste Mehrheit, sie müßte von der Hand in den Mund leben und stände dauernd in Gefahr, gestürzt zu werden.

Die Bildung einer solchen Regierung von vornherein unmöglich zu machen, kann nicht die Aufgabe der Sozialdemo-

kraten sein. Nachdem die Unabhängigen den Eintritt in die alte Koalition in brutaler Weise abgelehnt hatten, war es unmöglich, die alte Koalition wiederherzustellen, weil darin der Einfluß der Sozialdemokraten bedeutend schwächer gewesen wäre als vorher. Diesen geminderten Einfluß auszugleichen und ihn noch zu verstärken, haben die Unabhängigen abgelehnt mit dem Bemerkten, daß nach ihrer Ansicht nur eine rein bürgerliche Regierung gebildet werden könne. Auf die Unabhängigen fällt darum die volle Verantwortung, sie haben die Bildung einer bürgerlichen Regierung erzwungen.

Es wird den Sozialdemokraten nichts anderes übrig bleiben, als in der Opposition so kräftig als nur irgend möglich Verschlechterungen für die Arbeiterchaft abzuwehren, nicht aber blindlings in Ministerstürzerei zu machen, bevor nicht Aussicht besteht, daß ein neues, besseres Ministerium gebildet werden kann.

### Karl Rautsky und die Unabhängigen.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ beschäftigt sich der Unabhängige Karl Rautsky mit dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen. Rautsky ist den heftigsten Angriffen seiner eignen Parteigenossen ausgesetzt, weil er ein Vorkämpfer für die Demokratie war und nach dem Leipziger Parteitag geblieben ist. Er gehört mit Hilferding, Ströbel, Dreitscheid u. a. zum rechten Flügel der Unabhängigen, deren Ausschluß Lenin und Nadel zur Voraussetzung machen, wenn die Unabhängigen in den heiligen Tempel der Moskauer Internationale aufgenommen werden wollen.

Es gibt unabhängige Blätter, die den Austritt Karl Rautskys schon vor längerer Zeit gefordert haben, und auch das Magdeburger Organ stellte unlängst mit einem „Leider“ fest, daß Rautsky noch zur Unabhängigen Partei gehört.

Rautskys Kenntnisse und Fähigkeiten werden nicht geringer und seine wissenschaftliche Bedeutung wird nicht gemindert, ob er nun ein unabhängiges oder ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch in der Tasche hat. Seine Stimme wird immer gehört und seine Ratschläge beachtet werden — bei den Unabhängigen und bei den Sozialdemokraten.

Die Arbeiterchaft wird besonderen Grund haben, auf Rautsky zu hören, wenn er Unbequemes ausspricht, wenn er auf Tatsachen hinweist, die zeigen, daß das Gefühl und das Wollen irregehen. In solchen unangenehmen Wahrheiten, die ganz und gar nicht geeignet sind, populär zu wirken und den Stimmungen der Arbeiterchaft zu schmeicheln, ist der Artikel Rautskys in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sehr reich. Er wird viel Verständnis und Zustimmung bei der sozialdemokratischen Arbeiterchaft finden, weil er im wesentlichen eine

### Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik

bedeutet. Die unabhängige Presse wird ihn entweder totschweigen oder mit Wutgeheul darüber herfallen.

Spott hat Rautsky für diejenigen seiner Parteigenossen, die von der Vernichtung der Sozialdemokratie träumten. Wohl im Hinblick auf den Rückgang der Unabhängigen bei den Gemeindevahlen im Staate Reuß, auf den Verlust einiger tausend Stimmen in Gotha, auf den Rückgang der unabhängigen Stimmen bei der Reichstagswahl in München gegenüber dem letzten Gemeindevahlen, auf den Stillstand in Hessen-Nassau und den Rückgang im Mansfelder Gebiet, sagt Rautsky über den Rückgang der Sozialdemokraten bei der letzten Wahl:

„nach verschiedenen andern Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Ebbe ihres Rückgangs bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstiegs.“

Auf jeden Fall ist die Idee ab absurdam geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheiten führen.

### Rautsky tritt für die

### Bildung einer Arbeiterregierung

ein, innerhalb welcher die Sozialdemokraten und die Unabhängigen in einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt, die Führung als die weitaus stärkste Partei hätten. Rautsky glaubt, daß die Arbeitervertreter des Zentrums und der Demokraten nicht gegen eine solche Regierung stimmen würden. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit besserer Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Crispien wollte davon nichts wissen. Er verlangt für seine Partei die Diktatur, er dann sofort den Sozialismus durchzuführen. Die Unabhängigen haben die acht Punkte, mit denen sie ihre Wahlen machten und ihre Mandate erhielten, in dem Augenblick preisgegeben, als die Sozialdemokraten sie anerkannten. In ihrer Angst, die acht Forderungen könnten auch von den Arbeitervertretern des Zentrums und Demokraten angenommen werden, haben sie für sich die Diktatur verlangt und Forderungen gestellt, die nur gestellt werden können von Leuten, die nach Rautsky „keine Ahnung von ökonomischen Dingen“ haben. Ohrfeigen für Crispian sind die Sätze Rautskys, in denen er das

### Aktionsprogramm einer Arbeiterregierung in der Gegenwart umschreibt:

Voraussetzung ist freilich, daß die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebote der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist, darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln.

Leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den wahnsinnigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringende Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

### Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt aber

sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei der Liquidierung der kapitalistischen Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Fälländerung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Rautsky kann von Glück sagen, daß er nicht ein sozialdemokratischer Minister ist oder überhaupt ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als Beweis für die „verräterischen Absichten“ der Sozialdemokraten würden diese Sätze in allen unabhängigen Blättern und allen unabhängigen Versammlungen zitiert werden. Rautsky ist aber auch in der Unabhängigen Partei nicht irgendein Mitglied, sondern Rautsky ist als einer der anerkannt tüchtigsten sozialistischen Sachmänner in Wirtschaftsfragen als

unabhängiger Vertreter in der Sozialisierungskommission entandt worden, um dort an der Untersuchung mitzuwirken, wie weit einzelne Betriebe in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden können.

Rautsky spricht mit düren Worten aus: auch eine sozialistische Regierung muß im Augenblick die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion erstreben. Das sind harte Worte für Arbeiter, die glauben, nach kurzen Straßenkämpfen den Eintritt in das Himmelreich erzwingen zu können, und für sie ist es ein magerer Trost, wenn Rautsky fortfährt:

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen, und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen, bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

### Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch

innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit geboten ist.

Das Schiebeturn, sagt Rautsky, kann nur durch eine Steigerung der Produktion bekämpft werden:

Die französische Schredensherrschaft von 1793 ebenso wie der bolschewistische Terror versuchten vergeblich, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmahregeln vermehrten bloß seine Betriebsstoffe (Wesetzungen, Transportkosten usw.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maß, in dem die Produktion wächst, hört das Schiebeturn von selbst auf.

Mit aller an ihm gewohnten Schärfe tritt Rautsky für die

Sozialisierung der monopolisierten Industrien ein, namentlich für den Bergbau:

Hier ist rücksichtslose Sozialisierung schon jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der

Mk. 5000000

mündelsichere

4% Weimarer Stadtanleihe von 1920

(bei der Reichsbank in Klasse I beleihbar)

bringt das unterzeichnete Konsortium zu

96%

spesenfrei unter Verrechnung der Stückzinsen zuzüglich Schlussnotenstempel zum freihändigen Verkauf.

Die Anleihe ist mit April- und Oktober-Zinsscheinen ausgestattet. Der erste Zinsschein ist am 1. April 1921 fällig.

Die Schuldverschreibungen sind in Abschnitten von

Mk. 5000.- 2000.- 1000.- 500.- 300.- 100.- angefertigt.

Die Lieferung der Stücke erfolgt Anfang August. Die Tilgung findet mit 1 1/2 % vom Jahre 1921 ab durch Ankauf oder durch Auslösung statt. Verstärkte Tilgung vor 1929 ausgeschlossen.

Die Einführung an der Berliner Börse wird beantragt werden.

Für die Sicherheit der Anleihe haftet die Stadt Weimar mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft.

Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen u. Anhalt, Magdeburg.

Sparkasse zu Weimar, Weimar.

Deutsche Girozentrale, Berlin.

Gehr. Arnhold, Dresden.

J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. Main.

Gehr. Godschmidt, Gotha.

Mooshake & Lindemann, Halberstadt.

Anmeldungen auf obige Anleihe können ausser bei den obigen Konsortial-Mitgliedern und deren Zweigstellen erfolgen bei fast sämtlichen Sparkassen und Bankhäusern.

K 800

Park-Restaurant 1423 Herrenkrug

Heute Mittwoch ab 4 Uhr:

Extra-Konzert

des gesamten Philharmonischen Orchesters.

Die Vermummten ?

1413

Fürsten-Café

mit hochmoderner Souverän-Terrasse. Jeden Nachmittag 3-5 Uhr Damen-Kaffeekränzchen. Täglich nachmittags und abends Vornehme Salon-Musik.

Wilhelma Freitag den 18. Juni Operetten- u. Walzerabend Jeden Sonntag Konzert und Ball (Philharmonisches Orchester).

Park-Lichtspiele

Ab Freitag den 18. Juni Madame Dubarry

1413

Hofjäger

Donnerstag, 17. Juni, nachm. 4 Uhr Großes Raffeekonzert

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter persönlicher Leitung des beliebten Kapellmeisters Paul Arndt.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Täglich abends 7.30 Uhr

Sensations-Gastspiel der berühmten Leipziger Geidel-Gänger

Leipzigs beste und leistungsfähigste Serrengesellschaft.

9 Serren. — Dir. Artur Seidel. — 9 Serren.

Seit Freitag ein vollständig neues Repertoire-Programm u. a.

Die Liebe im Forsthaus und die tolle Original-Parodie

An die Luft gesetzt

Außerdem Auftritten sämtl. Serren in ihren neuesten Kostümen. Originalvorträge u. Goll.

Vorverkauf bei Jacobs, Ulrichsbogen.

Im Café täglich nachmittags 4 Uhr Künstlerkonzert

Stephanshallen

1407 das wirkliche Volks-Theater. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Tonbild-Theater Buckau

Schönefelder Str. 94b.

Vom Dienstag bis einschließlich Donnerstag

Kloster Wendhusen

Drama in 5 Akten mit Edith Meller.

Das Verlobungsboot

Lustspiel in 2 Akten.

Anfang 7 Uhr.

Städtische Theater. Stadttheater

Mittwoch den 16. Juni 8. Abend

Der Sohn.

Anf. 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Donnerstag Marion Lesant.

Wilhelm-Theater

Mittwoch, 16. Juni, 7 1/2 Uhr

Tanzabend.

Donnerstag Alt-Heidelberg.

Mittwoch, 16. Juni, Anf. 7 1/2 Uhr

Charles Fante.

Donnerstag den 17. Juni Die Schmetterlingsflucht

Zentraltheater

Die Dame vom Zirkus

Anfang 7 Uhr.

Reichshof, früh, Mittag-, Abendessen 1-4 Uhr

Café u. Logierhaus „Rosa-Straße“, Schwetfegerstraße 22

Gehelechtsranke! Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren. Harnröhrenleiden, früher auch veralteter Ausfluss, Beseitigung in kurzer Frist ohne Sollenstein u. schmerzliche Eingriffe. Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Querschnitt u. sonstige Eingriffe, Manneschwäche, schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung. Wer schon 2-3 Mal in eine auswärtige Heilanstalt gekommen ist, wird durch unsere Methode und unsere neuen Heilmittel in kürzester Frist und zu Hause wieder hergestellt. Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin O. 77 Potsdamer Strasse 123 B. Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr. Genane Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Heilweise gefunden werden kann.

Wahalla Lichtspiele

Magdeburgs vornehmste Lichtspielbühnen. Apfelftraße 12

Heute bis einschl. Donnerstag Der Riesenerfolg!

Vampirs

2. Teil. Der große Detektiv-Roman in 6 Fortsetzungen. Inhalt: Das Geheime. Die Stadt des Toten. Gewaltige, spannende Handlung. Glänzende Darstellung.

Dazu die originelle Neuheit Die Nebenbuhler

Der Film für alle

Bei diesem Film wird der Lauf der Handlung bestimmt durch das Publikum. Die Bilder auf der Leinwand gehorchen wie lebende Menschen.

Bluff und Bankrott

Amerikanisches Ereignis-Lustspiel in 2 Akten.

Spielzeit: Wochentags 6 bis 10 1/2 Uhr, Sonntags 3 bis 10 1/2 Uhr.

Stückverkauf täglich von 12 bis 1 Uhr.

Große Magdeburger Rennen Hindernistag. Sonntag den 20. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr. Vorverkaufsstellen: 1. Wettannahmestelle, Alte Ulrichstraße 2. 2. Verkehrsbureau, Breiteweg 166. 3. Volgtänder, Breiteweg 41. 4. Volgtänder, Gr. Diesdorfer Straße 217. 5. Jacobs, Ulrichsbogen. 6. Hartmann, Kaiserstraße 85. 7. Lindau & Winterfeld, Kaiserstraße 97.

ZL

Zirkus-Lichtspiele

Bis Donnerstag: Die Apachen

3 Akte. Hauptrollen: Max Landa, Reinhold Schünzel, Sanni Weisse.

Dazu den herrlichen Wiener Kunstfilm: Zu spät bereut

Drama in 5 Akten mit Elene Saib, Max Reufeld, Carl Schmann.

Spielzeit: Wochentags 6-10 1/2 Uhr, Sonntags 3-10 1/2 Uhr.

Raucht Bonitas!

Gehelechtsranke! Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren. Harnröhrenleiden, früher auch veralteter Ausfluss, Beseitigung in kurzer Frist ohne Sollenstein u. schmerzliche Eingriffe. Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Querschnitt u. sonstige Eingriffe, Manneschwäche, schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung. Wer schon 2-3 Mal in eine auswärtige Heilanstalt gekommen ist, wird durch unsere Methode und unsere neuen Heilmittel in kürzester Frist und zu Hause wieder hergestellt. Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin O. 77 Potsdamer Strasse 123 B. Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr. Genane Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Heilweise gefunden werden kann.

UT Dienstag bis Donnerstag Nic Carter Detektiv-Schlagier Die verräterische Banknote Roman: Ruhm und Frauengunst Hauptgestalt: E. Kaiser-Titz in einer Doppelrolle.

# Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Dittmar, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. W. Schmidt & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 111. Für Inserate 1367, für die Werbung 1794. Für den Verlag u. die Druckerei 961. Verteilungslitze i. Nr. 20, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Fracht 12,00 RM, monatlich 4,00 RM. Beim Abbestellen vom Verlag und den Kreisabteilungen Vierteljährlich 11,00 RM, monatlich 3,50 RM. Bei den Buchhandlungen Vierteljährlich 12,00 RM, monatlich 4,00 RM, ohne Frachtgebühren. Einzelne Nummern 50 Pf. — Anzeigengebühren: die tägliche Raumverteilung 1,00 RM, im Restmonatliche 2,50 RM. Derzeitige Lieferungsstelle 50 Pf. — Anzeigen-Verträge sind verbindlich, wenn nicht binnen 4 Wochen Stellung erfolgt. — Verlagsdirektor: Dr. 2258 Berlin.

Nr. 139.

Magdeburg, Donnerstag den 17. Juni 1920.

31. Jahrgang.

## Vor der Lösung?

Der Führer des Zentrums, Dr. Trimborn, setzt mit Fleiß und Umsicht seine Bemühungen, ein Kabinett zustande zu bringen, fort. Er verhandelte noch einmal mit den Genossen Hermann Müller und Paul Döbe, die ihm aber auseinandersetzen, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei und daß sein Wunsch, unsere Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden.

Trimborn versucht nun, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten zu bilden.

Er wandte sich zuerst an die Demokraten. Im Auftrag der demokratischen Fraktion hat Senator Dr. Petersen folgende formulierte Erklärung Herrn Trimborn überreicht:

Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum erstenmal an mich als Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei herantrat, gestalte ich mir, das folgende auszusprechen: Nach Artikel 58 der deutschen Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir sehen, besonders nach dem leidenschaftlich geführten Wahlkampf, ein Abweichen von diesem Wege für verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen. Nur auf dem verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung geschehen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Damit haben die Fraktionen und demnach der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen aussprechen wollen oder nicht.

Unsere Partei erklärt sich, anbeirrt durch die Geschäftigkeit des gegen uns geführten Kampfes, ohne parteipolitische Vorbehalte bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichne ich von vornherein folgende Punkte:

Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung. Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation. Bekämpfung jedes Versuchs der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Einräumung von Vorrechten an eine Klasse.

Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet; Ablehnung jedes Klassen- und Klassenhasses, auch des Antisemitismus.

Besehung der Ämter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rückhaltlos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundsätze habe ich schon jetzt hervor, weil sie mir die unerlässliche Vorbedingung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheinen. Vorschläge im einzelnen zu machen über die Führung unserer auswärtigen Politik, über die Gestaltung unserer Wirtschaftslebens, über die Förderung unserer kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht steht mir nicht zu, sondern es ist Sache des Programms des Reichskanzlers, sie mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen.

Wiel weiter ist die Kabinettsbildung damit noch nicht gekommen. Die Demokraten scheinen aber bereit zu sein, mit der Deutschen Volkspartei in eine Regierung einzutreten.

Die „Völkische Zeitung“, ein Organ der Deutschen Volkspartei, hat vor kurzem erklärt, daß die Stresemänner bereit sind, auf die Monarchie zu verzichten und sich wieder einmal auf den Boden der Republik zu stellen. In manchen Kreisen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei denkt man auch schon an eine

Fusion der beiden Parteien.

Sicherlich dürften einer solchen lediglich das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Monarchie und ihre Neigung zum Antisemitismus sein. Die Verschmelzung mit den deutschnationalen ginge natürlich dabei in die Brüche.

Das Programm Dr. Petersens kommt Ausführungen in Zeitungen der Deutschen Volkspartei sehr nahe und es ist sehr wahrscheinlich, daß auf dieser Grundlage eine Einigung über den gemeinsamen Eintritt in die Regierung erfolgt.

Eine Regierung aus dem „Blut der Mitte“

rückt damit näher. Diese Regierung aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten hat aber im Reichstag keine feste Mehrheit, sie müßte von der Hand in den Mund leben und stände dauernd in Gefahr, gestürzt zu werden.

Die Bildung einer solche Regierung von vornherein unmöglich zu machen, kann nicht die Aufgabe der Sozialdemo-

krate sein. Nachdem die Unabhängigen den Eintritt in die alte Koalition in brutaler Weise abgelehnt hatten, war es unmöglich, die alte Koalition wiederherzustellen, weil darin der Einfluß der Sozialdemokraten bedeutend schwächer gewesen wäre als vorher. Diesen geminderten Einfluß auszugleichen und ihn noch zu verstärken, haben die Unabhängigen abgelehnt mit dem Bemerkung, daß nach ihrer Ansicht nur eine rein bürgerliche Regierung gebildet werden könne. Auf die Unabhängigen fällt darum die volle Verantwortung, sie haben die Bildung einer bürgerlichen Regierung erzwungen.

Es wird den Sozialdemokraten nichts anderes übrigbleiben, als in der Opposition so kräftig als nur irgend möglich Verschlechterungen für die Arbeiterschaft abzuwehren, nicht aber blindlings in Ministerstürzerei zu machen, bevor nicht Aussicht besteht, daß ein neues, besseres Ministerium gebildet werden kann. —

### Carl Rautsky und die Unabhängigen.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ beschäftigt sich der Unabhängige Carl Rautsky mit dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen. Rautsky ist den heftigsten Angriffen seiner eignen Parteigenossen ausgesetzt, weil er ein Wortkämpfer für die Demokratie war und nach dem Leipziger Parteitag geblieben ist. Er gehört mit Giffertding, Ströbel, Dreitscheid u. a. zum rechten Flügel der Unabhängigen, deren Ausschluß Lenin und Madel zur Voraussetzung machen, wenn die Unabhängigen in den heiligen Tempel der Moskauer Internationale aufgenommen werden wollen.

Es gibt unabhängige Blätter, die den Austritt Carl Rautskys schon vor längerer Zeit gefordert haben, und auch das Magdeburger Organ stellte unlängst mit einem „Leider“ fest, daß Rautsky noch zur Unabhängigen Partei gehört.

Rautskys Kenntnisse und Fähigkeiten werden nicht geringer und seine wissenschaftliche Bedeutung wird nicht gemindert, ob er nun ein unabhängiges oder ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch in der Tasche hat. Seine Stimme wird immer gehört und seine Ratschläge beachtet werden — bei den Unabhängigen und bei den Sozialdemokraten.

Die Arbeiterschaft wird besonderen Grund haben, auf Rautsky zu hören, wenn er Unbequemeres ausspricht, wenn er auf Tatsachen hinweist, die zeigen, daß das Gefühl und das Wollen irgehehen. In solchen unangenehmen Wahrheiten, die ganz und gar nicht geeignet sind, populär zu wirken und den Stimmungen der Arbeiterschaft zu schmeicheln, ist der Artikel Rautskys in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sehr reich. Er wird viel Verständnis und Zustimmung bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft finden, weil er im wesentlichen eine

Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik

bedeutet. Die unabhängige Presse wird ihn entweder totschweigen oder mit Wutgeheul darüber herfallen.

Spott hat Rautsky für diejenigen seiner Parteigenossen, die von der Vernichtung der Sozialdemokratie träumten. Wohl im Hinblick auf den Rückgang der Unabhängigen bei den Gemeindevahlen im Staate Preußen, auf den Verlust einiger tausend Stimmen in Gotha, auf den Rückgang der unabhängigen Stimmen bei der Reichstagswahl in München gegenüber den letzten Gemeindevahlen, auf den Stillstand in Hessen-Rhassau und den Rückgang im Mansfelder Gebiet, sagt Rautsky über den Rückgang der Sozialdemokraten bei der letzten Wahl:

„nach verschiedenen andern Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Ebbe ihres Rückgangs bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsame Aufstiegs.“

Auf jeden Fall ist die Idee ab absurdam geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheitsführer führen.

Rautsky tritt für die

Bildung einer Arbeiterregierung

ein, innerhalb welcher die Sozialdemokraten und die Unabhängigen in einer Arbeitsgemeinschaft vereint, die Führung als die weitest stärkste Partei hätten. Rautsky glaubt, daß die Arbeitervertreter des Zentrums und der Demokraten nicht gegen eine solche Regierung stimmen würden. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit bester Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Erspien wollte davon nichts wissen. Er verlangt für seine Partei die Diktatur, um dann sofort den Sozialismus durchzuführen. Die Unabhängigen haben die acht Punkte, mit denen sie ihre Wahlen machten und ihre Mandate erhielten, in dem Augenblick preisgegeben, als die Sozialdemokraten sie anerkannten. In ihrer Angst, die acht Forderungen könnten auch von den Arbeitervertretern des Zentrums und Demokraten angenommen werden, haben sie für sich die Diktatur verlangt und Forderungen gestellt, die nur gestellt werden können von Leuten, die nach Rautsky „keine Ahnung von ökonomischen Dingen“ haben. Ohrfeigen für Erspien sind die Sätze Rautskys, in denen er das

Aktionsprogramm einer Arbeiterregierung

in der Gegenwart umschreibt:

Voraussetzung ist freilich, daß die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebote der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist, darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln,

leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Umwandlung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den wahnsinnigen Lebensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen“ ist das dringende Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt aber zunächst

sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei dem hundertprozentigen Kapitalismus die Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befehlen soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Rautsky kann von Glück sagen, daß er nicht ein sozialdemokratischer Minister ist oder überhaupt ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als Beweis für die „berühmtesten Abkömmlinge“ der Sozialdemokraten würden diese Sätze in allen unabhängigen Blättern und allen unabhängigen Versammlungen zitiert werden. Rautsky ist aber auch in der Unabhängigen Partei nicht irgendein Mitglied, sondern Rautsky ist als einer der anerkannt tüchtigsten sozialistischen Sachmänner in Wirtschaftsfragen als

unabhängiger Vertreter in der Sozialisierungskommission entsandt worden, um dort an der Untersuchung mitzuwirken, wie weit einzelne Betriebe in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden können.

Rautsky spricht mit dünnen Worten aus: auch eine sozialistische Regierung muß im Augenblick die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion erstreben. Das sind harte Worte für Arbeiter, die glauben, nach kurzen Straßenkämpfen den Eintritt in das Himmelreich sich erzwingen zu können, und für sie ist es ein magerer Trost, wenn Rautsky fortfährt:

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen, und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen, bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch

innerhalb kapitalistischer Produktion

ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit geboten ist.

Das Schieberrtum, sagt Rautsky, kann nur durch eine Steigerung der Produktion bekämpft werden:

Die französische Schreckensherrschaft von 1793 ebenso wie der bolschewistische Terror beruhten beieinander, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmaßnahmen vermehrten bloß seine Betriebskosten (Bestechungen, Transportkosten usw.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maß, in dem die Produktion wächst, hört das Schieberrtum von selbst auf.

Mit aller an ihm gewohnten Schärfe tritt Rautsky für die

Sozialisierung der monopolisierten Industrien ein, namentlich für den Bergbau:

Sie ist rücksichtslos Sozialisierung schon jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der

gesamten Gesellschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzt und die Kohlenförderung ausdehnt, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.

Weniger wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Naturlandschaft (Großgrundbesitz, Red.) (nicht ihre Verschönerung) geboten.

Die Aussichten, durch eine Arbeiterregierung den Wiederaufbau der Produktion zu betreiben und dabei so zu verfahren, wie es den Interessen der Arbeiterschaft am besten entspricht, haben die Unabgängigen durch ihre scharfe Ablehnung jeder Regierung, in der sie nicht diktiert, gründlich verbaut. Kautsky ist aber auch nicht grundsätzlicher Gegner einer Koalition mit bürgerlichen Parteien. Er sagt:

Ein Koalitionsregierung kann unter Umständen geboten sein, aber der Eintritt der Mehrheitssozialisten allein in diese Koalition wäre politischer Selbstmord.

Die Unabhängige „Freiheit“ wird daran wenig Freude haben; noch weniger aber, wie Kautsky, der als Geschichtsforscher immerhin etwas geleistet hat und den eine ganze Generation von Sozialisten als ihren Lehrer betrachtet, die Gefahren einer rein bürgerlichen, reaktionären Regierung „gesichtlich betrachtet“:

Unsere unabhängigen Freunde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparats an die ärgsten Feinde des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Schreden sie nicht die Spuren Ungarns? Proteste gegen den weißen Terror sind eine sehr schöne Sache, Proteste beweisen aber stets nur die eigene Ohnmacht. Angelegter ist es, dem Gegner eine Machtposition nicht auszuliefern, als ihn aufzufordern, sie zu besetzen, und sich dann zu entrüsten, daß er sie schonungslos ausnutzt.

Und ebenso leer wie Proteste sind Retriminationen darüber, daß die Mehrheitssozialisten an dem Erstarken der Reaktion schuld seien. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter untersucht sei, sind die vergangenen Fehler anderer noch kein Freibrief für die eignen, die man zu begehren sich ansieht.

Wie Kautsky die Katastrophenpolitiker abkanzelt, die erst das Elend der Arbeiterschaft vergrößern sehen wollen, um dann zur Ehre kommen zu können, wird den Herren auch recht unangenehm in die Ohren klingen:

Man tröstet man sich freilich damit, daß man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Regierung da ist, wird sie schon das Proletariat in einer Weise mißhandeln, daß es sich gegen sie aufzuschießt und so endlich die Einheitsfront gewinnt.

Kein Zweifel, diese Einigung wäre ein großer Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise erzwungen werden müssen. Aber die politische Reife der für die Einigung maßgebenden proletarischen Schichten Deutschlands erscheint dabei nicht in glänzendem Lichte. Denn das sagt doch nichts anderes, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen, ehe man von den Gegnern dazu gedrückt wird.

Zweckmäßiger wäre es wohl, sich vorher zu einigen, um die Macht zu gewinnen, als den Gegnern zur Macht zu verhelfen, bloß damit man sich zu einigen vermag. Es ist immer ein Zeichen der Notwendigkeit, wenn man das Notwendige nicht rechtzeitig genug erkennt, um es freiwillig tun zu können, sondern wartet, bis man durch äußere Momente dazu gezwungen wird. Das Endergebnis mag dasselbe sein, aber wie groß sind die unnützen Opfer, die dieser zweite Weg erfordert!

Kein Zweifel, das deutsche Proletariat wird sich behaupten, trotz alledem. Aber man muß befürchten, daß das Behauptungsgeheiß groß sein wird, das von ihm und dem ganzen deutschen Volke noch zu begehren sein wird, ehe es zum dauernden und fruchtbringenden Besitz der Staatsgewalt gelangt, der ihm bei nötiger Einsicht und Einheitslichkeit jezt schon zugänglich wäre.

So rechtfertigt Kautsky die Politik der Sozialdemokraten, die von seinen Parteigenossen als „Verrat“ ausgeführt wird. Kautsky war vor dem Kriege der theoretische Führer der sogenannten Radikalen. Die Unabhängigen waren einmal sehr stolz auf ihn und viele Parteigenossen haben es schmerzhaft empfunden, als Kautsky nach der Spaltung zur Unabhängigen Partei übertrat. Heute gehört Kautsky wieder zur alten Sozialdemokratischen Partei, wenn er auch noch nicht den Schritt zurück tat, wie Eduard Bernstein und noch so manche andre.

Goffen wir, daß die Zeit nicht fern ist, in der die Arbeiterschaft sich wiederfindet auf dem Boden, der allein die Einigung ermöglicht: der Demokratie. Die Organisationsform ist nebensächlich, die Gemeinsamkeit des Geistes und des Willens alles. —

## Die Folgen von Versailles.

Das Schwert scheidet, aber entscheidet nicht. Der chaotische Zustand, den das alte Europa gegenwärtig aufweist und der gleich einer Pest sich über seine Grenzen hinaus verbreitet, beweist dies deutlich genug. Die Regierungskrisen in Deutschland, Italien, Oesterreich und Polen, die akute soziale Krise in Frankreich, der latente Kriegszustand in England, das Chaos in Rußland und der Türkei sind die äußeren Erscheinungen der unermesslichen Folgen des Gewaltfriedens von Versailles. Sähen uns diese Folgen mit ihren zerstörenden Wirkungen selbst im Nacken, könnten wir geschichtssphilosophisch über die Vergeltung spekulieren. Versuchen wir deshalb, uns in dem Chaos zurechtzufinden.

In Italien hat die einst

allmächtige Kriegspartei ausgespielt.

In diesem Siegerstaat ist die Bourgeoisie schon so weit, daß sie Giolitti, den einstigen „Verräter“, den italienischen Caillaux, der nur durch seine Flucht aus der Dessenlichkeit der Kaße der kochenden Volksseele entgangen war, als ihren Retter ansieht. Ob dieser letzte Krampf stehen wird, kann man süglich bezweifeln. Auch Nitti ist ein kluger und gewandter Mann, dem es nur an der Skrupellosigkeit und Seriosität Giolittis fehlt. Aber der Aufgabe, die in Italien zu lösen ist, würden auch zehn Giolittis nicht gewachsen sein.

Italien, das vor dem Kriege gute Staatsfinanzen hatte, ist heute verschuldet, und zwar zum guten Teil an das Ausland, an England und an Amerika. Der ihm ungünstige Wechselkurs gegenüber diesen Ländern verleiht nur diese Schulden, zumal es von dort seine Kohlen beziehen muß — die Verpflichtungen des Vertrags von Versailles behindern die deutsche Kohlenausfuhr —, keine Rohstoffe, viele Fertigfabrikate und Brotgetreide. Andererseits sperren sich die früheren Abnehmer Italiens gegen zwei seiner wichtigsten Ausfuhrartikel — Wein und Südsfrüchte — teils ab, teils durch die Transportbedingungen durch den Frieden von

Versailles für die andern Länder als England, Amerika und Frankreich sehr kostspielig geworden. Dazu kommen die Lasten des Sieges:

Libanien und die nordafrikanischen und kleinasiatischen Eroberungen. Die Albanier haben es mit den Italienern jetzt gemacht wie einst mit dem Prinzen von Nied: sie haben sie davongefagt. Angeblich stecken die teuern südslawischen Verbündeten dahinter, was durchaus wahrscheinlich ist. Auch in den andern Kolonien geht es den Italienern nicht viel besser.

Das alles kostet Soldaten und Geld und bringt nichts ein. Das Volk aber ist unzufrieden, rebelliert wegen der Teuerung, wobei es, wie in der süditalienischen Hafenstadt Bari zu förmlichen Straßenschlachten kommt. Auch die parlamentarische Situation erschwert das Regieren. Nitti ist nicht so sehr über die Verordnung, die den Brotpreis erhöhte, gestürzt, als vielmehr über die Tatsache, daß die Sozialisten, die ein schwaches Drittel der Kammerstärke innehaben, es zur Katastrophe treiben wollen, und zwischen den bürgerlichen Parteien, den Merkmalen, den Nationalisten und den demokratischen Parteien, zubielt Gegensätze kassen, die die Angst vor Mandatsverlusten nicht gerade überbrücken.

Das jetzt gebildete Ministerium Giolitti ist ein Konzentrationministerium, das von den Reformsozialisten, die rechts von der sozialistischen Partei stehen, bis zu den Merkmalen geht. Das Ministerium wird mit der Opposition der Sozialisten und der Nationalisten und mit den innern Schwierigkeiten zu rechnen haben. Ob unter diesen Umständen das Ministerium mit dem gegenwärtigen Parlament auf die Dauer regieren können, erscheint zweifelhaft.

In Oesterreich, wo nur die entsetzliche Not die Koalition zweier so weisensfremder Parteien wie die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen — letztere sind eine antisemitische-merikale Bauern- und Kleinbürgerpartei — zusammenbringt, scheint nunmehr diese Koalition endgültig auseinanderzufallen.

Was aber dann?

Die Sozialdemokraten haben nicht die Mehrheit. Die Christlichsozialen hätten wohl mit den kapitalistischen Großdeutschen — die unsrer Deutschen Volkspartei zu vergleichen sind — eine zahlenmäßige Mehrheit, aber gegen die Sozialdemokraten könnten sie auch nicht regieren. Und die Erfahrung, die in Deutschland die Koalitionsparteien bei den Wahlen durch ihre Selbstaufopferung im Interesse des Volksganges gemacht haben, verlockt keineswegs zur Uebernahme der Regierung. Ob aber Wahlen eine Lösung bringen werden, kann man bezweifeln. Die Sozialdemokraten sind in Oesterreich nicht gespalten und werden also, wenn überhaupt, nur wenig an die Großdeutschen verlieren. Dasselbe dürfte bei den Christlichsozialen zu erwarten sein, die sich auf den katholischen Klerus stützen. Und selbst eine numerisch erhebliche Stärkung der einen oder der andern Partei könnte keine Lösung bringen, weil Oesterreich allein gar nicht leben kann.

Polen krankt vor allem am Imperialismus, mit dem es der Vertrag von Versailles erblich belastet hat. Die angeblichen Siegesmeldungen Pilsudskis, die die französischen, englischen und amerikanischen

Geldgeber täuschen

sollen, täuschen die Polen längst nicht mehr. Die mühsam zusammengespinnene Koalition ist wieder aus dem Leim gegangen, trotz oder wegen der patriotischen Gefahr.

Wie aus Warschau unter dem 14. Juni gemeldet wird, ist es nach vielen Verhandlungen gelungen, ein Ministerium zusammenzubringen. Das Ministerium, in dem die bekannnten Führer der polnischen Sozialdemokraten der einstigen österreichischen Monarchie, Dajnski und Diamand, vertreten sein werden, ist ein Koalitionsministerium der bürgerlichen Linken und der Sozialisten. Es verfügt im Reichstag über 232 von 415 Sitzen, also über eine schwache Mehrheit, besonders angesichts der innern Gegensätze dieser Koalition. Es ist der Zusammenbruch an der Front, der die Koalition der Rechten unmöglich gemacht hat, der diese Koalition der Linken möglich machte. Ihre Hauptaufgabe wird sein, mit Sowjetrußland Frieden zu schließen. Man spricht auch von der Einführung des Einkammersystems in die Verfassung und der Verschlagnahme der Getreidevorräte. Doch kann man besonders über letzteren Punkt sehr skeptisch sein.

Daß es bei uns in Deutschland bisher noch glimpflich abgegangen ist, trotzdem gerade auf uns mit der größten Kriegslast die größte Last des Vertrags von Versailles drückt, danken wir vor allem der Sturm-erprobten, arbeitsfähigen Organisation der Sozialdemokratie. Die Mitläufer und die Gegner haben es ihr schlecht gedankt und ihr zur Last gelegt, was nur die Folgen von Versailles sind. Ob es ohne die Sozialdemokratie besser, ob es überhaupt gehen wird, werden wir bald sehen.

J.-S.-J.

## Die vertagte Krise in Oesterreich.

Die Parteien, welche bisher in der Koalition waren, sind bahnt übereingekommen, ein Geschäftministerium Dr. Renner im Amt zu belassen und inzwischen bis zu den Neuwahlen alle noch notwendigen Gesetzesvorlagen zu erledigen. Die ehemalige Koalition heißt jetzt einfach Kooperation und das frühere Koalitionsprogramm hat sich in ein Arbeitsprogramm verwandelt.

In einer Wählerversammlung besprach gestern Staatskanzler Genoa Dr. Renner die Regierungskrise und erklärte, daß die Koalitionsregierung deshalb zu Ende gehen mußte, weil das, was geleistet wurde, von niemand anerkannt wurde, auch von keiner Partei. Dr. Renner bejauerte sich über das Verhalten der Christlichsozialen, die stets unaufrichtig in der Koalition waren und so wie eine ungetreue Ehefrau sich gebärdeten, indem sie mit den Sozialdemokraten verheiratet waren, insgeheim aber in den Großdeutschen einen Liebhaber hatten. So sei eine unterirdische Koalition entstanden. Dr. Renner besprach die Anarchie in

den Ländern und erklärte zum Schluß, daß die Sozialdemokraten, welche nach dem Zusammenbruch die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten haben, keine Binnsoldaten seien. Die Sozialdemokraten streben keinerlei Diktatur an, werden aber auch nicht die Diktatur einer andern Klasse über das Proletariat dulden.

## Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei.

Die Zeitungen der Deutschen Volkspartei sind wütend, weil die Sozialdemokraten nicht in eine Koalition mit dieser Partei der Schwereindustrie eintreten wollen, weil ohne sie eine Regierung nicht möglich sei. Vor der Wahl hatte das Lied nicht nur einen andern Text, sondern auch eine andre Melodie. Da blieb kein gutes Haar an den Proleten, die so urplötzlich in die Ministerstühle gesetzt wurden. Die Deutsche Volkspartei hat den Wahlkampf mit der Parole gemacht: die Sozialdemokraten müssen heraus aus der Regierung. Nach den Wahlen geht es ohne sie nicht. Diese Widersprüche veranlassen das Zentrumblatt in Berlin „Germania“ zu folgenden Betrachtungen:

Niemand hat lauter als die Deutsche Volkspartei (Red.) im Wahlkampf und schon lange vorher das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, obgleich es für sämtliche Koalitionsparteien nichts als taktischer Art war, als Schmach und Verrat am Vaterlande zu brandmarken versucht. Und nun, da der Wahlkampf vorbei ist und eine ungewöhnlich große Zahl von Wählern diesen Leuten ihr Vertrauen geschenkt hat, haben sie nichts Eiligeres zu tun, als ihrerseits die Mitarbeit der Sozialdemokraten für unumgänglich notwendig zu erklären. Wenn die Sozialdemokratie diese Schwächung benutzt hat, den Volksparteilern klarzumachen, daß von der sozialdemokratischen Seite aus keinerlei Grundlage für eine gemeinsame Arbeit zu sehen sei, so wird man eherweise nicht bestritten dürfen, daß den „Wahlsieger“ diese Demütigung nicht unverständlich trifft.

In der Tat! Obgleich die Zeiten ernst sind, können die Parteien der bisherigen Koalition nicht ganz umhin, das Schauspiel, das die Deutsche Volkspartei jetzt bietet, mit einiger Ironie zu betrachten. —

## Die Kunst des Kleinern Uebels.

Wie oft haben die Unabhängigen und Kommunisten Gelmut v. Gerlach aus seiner „Welt am Montag“ zitiert, wenn sie die Mehrheitssozialdemokraten angreifen wollten. Und das eine muß man der „Welt am Montag“ lassen: sie hat an scharfer, bohrender Kritik der Koalitionsregierung und auch der darin befindlichen Sozialdemokraten in einer Nummer mehr geleistet als sechs radikale Blätter in der ganzen Woche zusammen genommen. Noch wenige Tage vor den Wahlen zitierte der „Kämpfer“ das Wort von Gerlach, daß man bei der Entscheidung für die eine oder andre Partei lieber einen Meter nach links als einen Zentimeter nach rechts gehen solle. Allerdings vergaß der „Kämpfer“, das Wesen des Gerlachs zur Demokratie in demselben Artikel zu übernehmen.

Also der Name Gelmut v. Gerlach heißt bei den Radikalen und vor allen Dingen bei den unabhängigen Arbeitermassen einen guten Klang. Was dieser überzeugte Republikaner aber über die Haltung der Unabhängigen zur Regierungsbildung sagt, ist ein niederträchtiges Zeugnis für die völlige politische Unfähigkeit dieser Leute. Er schreibt in seiner neuesten Nummer der „Welt am Montag“:

Denn wenn sie (die Unabhängigen! D. Red.) auch jede Mitwirkung an einer Arbeiterregierung ablehnen, wenn sie doctrinär statt politisch vorgehen, was tritt ein? Die Rechtsregierung mit all ihren Folgen: Säuberung der Kammer von den paar republikanischen und sozialistischen Elementen, die hineingebrecht worden sind, Rückwärtsrevidierung der Steuern zum Gunsten der breiten Massen, rein kapitalistische Gestaltung der Ernährungs- und Volkswirtschaft, dynastische Auslandspolitik, Stabilisierung des reaktionären Militarismus wie eines Rocher de bronze. Von allen Wirkungen der Rechtsregierung scheint mir die letztere die verhängnisvollste. Jede Hoffnung auf ein republikanisches Heer müssen wir begraben, wenn die Reaktion ans Ruder kommt. Ist aber das Heer erst von Kopf bis zu Fuß zielbewußt monarchistisch organisiert, dann kann auch ein kommender sozialistischer Wahlsieg seiner nicht ohne blutigsten Bürgerkrieg Herr werden.

Eine Arbeiterregierung selbst mit starkem unabhängigem Einschlag wird wirtschaftlich manche Wunden von ihrem Programm zurücklassen müssen. Aber sie wird ein Heer aufbauen können, das den innern Frieden sichert. Und sie wird eine äußere Politik treiben können, die der internationalen Verständigung dient. Sie wird endlich Klarheit verbreiten über die Sünden des alten Regimes und über die Kriegsschuldigen. Sie wird so die Millionen unaufgeklärter Deutscher für die Republik gewinnen, die diesmal rechts gestimmt haben, weil sie für Sünden der Republik hielten, was doch nur Sünden der Monarchie waren. Ist das erst da, so kann der Endkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausgefochten werden, ohne daß zu befürchten wäre, daß dabei die Republik selbst zum Teufel ginge.

Das deutsche Volk hat die Wahl zwischen einem Ministerium Helfferich-Strösemann-Trimbom-Dietrich oder einem Ministerium Erbelenz-Wirth-Löbe-Breitscheid. Ich meine, selbst einem radikalen Unabhängigen sollte die Wahl nicht schwer werden. Die Politik ist nun einmal die Kunst des Kleinern Uebels. Dabei braucht man wahrhaftig auf kein Prinzip, auf kein Ideal, auf kein Endziel zu verzichten.

Wir empfehlen diese Aeußerungen eines sehr radikalen Berliner Journalisten, der bisher stets der Kronegefehr für die Unabhängigen und gegen die Mehrheitssozialdemokraten war, der lebhaftesten Aufmerksamkeit der unabhängigen Arbeiter. Den Schluß dürfen sie sich selbst daraus ziehen. Unsere Genossen aber mögen in dem Betrieben dieses Urteils eines Mannes, dessen frühere Aussprüche so oft gegen sie verwendet wurden, jetzt auch einmal für unsere Politik ausnutzen. —

## Der Steuerabzug.

Das Volkliche Bureau gibt die neuesten Bestimmungen über den 10prozentigen Lohn- und Gehaltsabzug bekannt. Wir geben daraus diesen Auszug wieder:

I. Jeder Arbeiter hat bei jeder Zahlung von Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 v. H. des Arbeitslohns, und zwar des Barlohns einzubehalten. Treffen Barlohn und Natural- oder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf 20 v. H. des Barlohns. Werden also monatlich 80 Mark in bar gezahlt und 300 Mark nach den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gerechnet, so sind doch nur 16 Mark (20 v. H. des Barlohns) abzugiehen.

II. Die Verpflichtung des Arbeitgeber zum Abzug besteht für jede vom 25. Juni 1920 ab stattfindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 25. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 25. Juni oder später erfolgt. Auseinanderrechnungen des vor und nach dem 25. Juni verdienten Lohnes finden also nicht statt. Für diejenigen, deren Lohn erst am 25. Juni oder später ausbezahlt wird, entsteht dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 25. Juni empfangen, keine Härte, weil es sich nur um die vorläufige Einkommensteuer handelt und daher das, was jetzt zunächst weniger abgezogen wird, bei der endgültigen Veranlagung mehr bezahlt werden muß.

III. Die Einzahlung des einbehaltenen Betrags erfolgt entweder durch Remittenz von Steuermarken oder durch unmittelbare Einzahlung an die Steuerbehörde des Arbeitnehmers.

### 1. Verwendung von Steuermarken.

a) Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch Arbeitgebern überlassen werden.  
b) Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzufügen und zu entwerten.  
c) Der Betrag der entwerten Marken ist in die Steuerkarte einzutragen.

### 2. Unmittelbare Einzahlung bei der Steuerbehörde des Arbeitnehmers.

a) Sie erfolgt nur auf Antrag des Arbeitnehmers beim Landesfinanzamt. Um die Genehmigung des Antrags noch vor dem 25. Juni zu erreichen, muß der Antrag schleunigst eingereicht werden.  
b) Die Einzahlung muß spätestens bis zum 10. Tage des folgenden Monats erfolgen. Auf Antrag kann gestattet werden, daß die Einzahlung erst innerhalb der ersten 10 Tage nach Ablauf eines Kalenderjahres erfolgt.

c) Gleichzeitig mit der Einzahlung ist eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen. Die Richtigkeit der Nachweisung ist von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter zu bescheinigen. Die Steuerbehörde gibt nach Prüfung eine Ausfertigung mit Empfangsbekundigung zurück.  
V. Die einkommensteuerfreien Beträge (1500 Mark, 500 Mark, 200 Mark) werden beim Lohnabzug nicht berücksichtigt. Ihre Berücksichtigung erfolgt erst bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

VI. Eine Anrechnung der 1920 eingelebten Steuermarken der vom Arbeitgeber bei der Steuerbehörde auf die für 1920 zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.  
VII. Die einkommensteuerfreien Beträge werden grundsätzlich auch nicht vor der endgültigen Veranlagung für 1920 zurückgezahlt. Zur Vermeidung von Härten ist jedoch schon eine vorherige Zurückzahlung für solche Fälle vorgesehen, in denen die vom Arbeitnehmer für das Rechnungsjahr 1920 endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 v. H. des nutznahmlich im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitseinkommens des Arbeitnehmers beträgt; entsprechender Antrag ist vom Arbeitnehmer beim Finanzamt zu stellen.

VIII. Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbeziehung und die Entrichtung von 10 v. H. des Arbeitslohns neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner. —

meter 3 Mark, bis zu 500 Kilometer 4 Mark, bis zu 750 Kilometer 5 Mark, bis zu 1000 Kilometer 6 Mark und darüber hinaus 8 Mark. Da die Erklärung für die vom Reichspostministerium über die Fernsprechnetze verhängte einmahlige Zwangsleihe von 1000 Mark erst am letzten Dienstag abgelaufen ist, läßt sich ein klares Bild darüber, wieviel Räumigungen von Fernsprechanlagen infolge der Verwertung erfolgt sind, noch nicht gewinnen. Allerdings kamen aus den verschiedensten Teilen des Reiches schon ungefähre Meldungen. In Berlin sind die Räumigungen sehr zahlreich. In München sind bis jetzt 5000 Fernsprechanlagen gekündigt worden. Auch in anderen bayerischen Städten sind massenhafte Abmeldungen eingelaufen. Die Postverwaltung rechnet damit, daß sich bei jeder Gebührenerhöhung die Zahl der Teilnehmer zuerst vermindert und dann doch wieder hebt. Als Abwehrmaßnahme gegen die Fernsprechnetze hat etwa ein Drittel der Halberstädter Fernsprechnetze ihren Anschluß gekündigt. In Süddeutschland sind in manchen Orten sämtliche Anlagen gekündigt worden. Auch aus der Provinz werden Massenabmeldungen gemeldet. Man wird abwarten müssen, bis ein klares Bild vorliegt, um zu ermitteln, wie die Auswirkungen der Erhöhung sein werden.

**Gegen den Abbruch der Gleise. In letzter Zeit** wurden häufig Anzeigen über Abbrüche leistungsstarker Gleisebetriebe, die lediglich aus spekulativen Gründen erfolgen. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich daher an die Regierungen der Länder gewandt mit dem dringenden Ersuchen, den unwirtschaftlichen Abbruch von Gleisen im Interesse der Allgemeinheit und der in ihrer Erhaltung bedrohten Arbeiterschaft mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Gleichzeitig hat das Reichswirtschaftsministerium zur Verhinderung der unwirtschaftlichen Ausschaltung von Betrieben angeordnet, daß die Ausschleifung gebrauchter Maschinen in Zukunft beschränkt werden soll. Leider kommen die Regierungen immer noch spät, oft so spät, daß nicht mehr viel zu retten ist.

**Einrichtung des Weisensbüros. Im Straßburger** Gefängnis Straßburg wurde der im vorigen Weisensbüroprozess zum Tode verurteilte Angeklagte Heinrich Walleshauser erschossen, nachdem der Minister das Todesurteil des Volksgerichts bestätigt hatte.

**Ein Opfer der Spartakisten? Aus dem Esbach** im Engischen Garten in München wurde die mit Striden gekleidete Witwe des Reichswehrsoldaten Johann Meyer erlanget. Meyer, der dem 41. Schützenregiment angehörte, war seit Anfang Juni vermisst, nachdem er einen Drohbrief erhalten hatte. Er scheint das Opfer der Mache von Spartakisten geworden zu sein.

**Die Obstruktion in Braunschweig. Im Landtag** brachten die Unabhängigen, um die von den beiden bürgerlichen Landtagsfraktionen betriebene Obstruktion gegen die beabsichtigte Bildung einer rein sozialistischen Regierung unendlich zu machen, heute nachmittag einen Dringlichkeitsantrag auf Abänderung der Geschäftsordnung ein. Danach sollen jezt zur Beschlussfassung nicht mehr vierzig, sondern nur noch dreißig Abgeordnete erforderlich sein. Da die beiden bürgerlichen Fraktionen über insgesamt 28 Sitze und die Sozialdemokraten über 32 Sitze im Braunschweigischen Landtag verfügen, könnten nach Annahme dieses Dringlichkeitsantrags die vereinigten sozialistischen Fraktionen in allen Fällen nach eigenem Belieben verfahren. Vor der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen stellte der Führer der rechtsstehenden Parteien die Beschlusshaftigkeit des Hauses fest und verhinderte dadurch die von den Sozialisten verlangte sofortige Abänderung der Geschäftsordnung.

**Streikbauern in Düsseldorf. Der Zustand** der städtischen Arbeiter hält unverändert an. Da die Düsseldorfer Industrie ausnahmslos an das große Versorgungsnetz der städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen ist, ist sie ebenfalls stillgelegt, und der größte Teil der Werke muß fernern. Die städtischen Fraktionen in den Stadträten stehen geschlossen hinter der Stadtverwaltung und lehnen die weitgehenden Forderungen der radikalen Arbeiter ab. Zurzeit schweben noch Verhandlungen der Stadt mit den Gewerkschaften.

**Zur Disposition gestellt. In dem Konflikt** zwischen dem Landrat von Neustettin und dem Kreisaußschußmitglied v. Herzberg-Doth hat eine Unterfuchung beim Regierungspräsidenten in Stettin stattgefunden. V. Herzberg ist nach Prüfung des Tatbestandes zur Disposition gestellt und auf Antrag des Landrats von Neustettin sofort suspendiert worden.

**Neu von den Polen gekümmert? Eine drastische** Moskauer Meldung besagt: Die roten Truppen haben die Weichsel, die Bahnhöfe, die Elektrizitätzentrale und die Wasserleitung gesprengt. Diese Maßnahmen, die durch keine militärische Notwendigkeit zu begründen ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt. Nach den Siegermeldungen, mit denen die polnische Heeresleitung in den letzten Tagen die Welt besetzte, müßte diese Meldung in Erstaunen setzen, wenn man nicht im voraus wüßte, wie unzuverlässig alle Berichte aus russischer und polnischer Quelle sind. Deshalb kann man auch dieser sowjetischen Meldung nicht ohne weiteres trauen, wenn auch die bereits veröffentlichte Meldung des polnischen Generalstabs von einem „geordneten Rückzug“ in der Ukraine auf eine Niederlage schließen ließ.

**Krafft über die russischen Schulden. Die Londoner** „Times“ meldet, daß der russische Kommissar Krafft bei den Besprechungen mit Lloyd George das Versehen einer Verpfändung für die russische Regierung, jetzt die Schuld zu bezahlen, die die früheren russischen Regierungen bis zum November 1917 machten, völlig in Abrede stellte. Krafft gab zu verstehen, daß, falls die Regierung durch die Umstände gezwungen werden sollte, diese Schulden anzuerkennen, sie auch alle Rechte und Vorrechte geltend machen werde, die die früheren russischen Regierungen durch die mit andern Mächten geschlossenen Verträge machten. Insbesondere würde die Rückzahlung auf die Ausführung des geheimen Londoner Vertrags von 1915 dringen, durch den Konstantinopel, Rußland zuerkannt wird. Weiter würde die Rückzahlung, wenn sie gezwungen würde, die russischen Auslandsschulden anzuerkennen, davon alle Kosten abzutreiben, die Rückzahlung zur Abwehr der Angriffe der „roten“ Revolution anzuwenden müßte, soweit diese Angriffe finanziell oder auf andere Weise von einer ausländischen Macht unterstützt wurden. Ferner würde sie alle die Beträge abschreiben, die zur Wiederaufmachung der Schulden nötig waren, die durch diese fremden Mächte in Rußland angerichtet worden sind.

## Ihr, die nicht gewant,

sucht mitten in wässriger Hege, trotz Verleumdung, Gesinnungszwang und offener Gewalttätigkeit zur alten Sozialdemokratie zu bekennen.

### Ihr, die Kerntuppe

des demokratischen Sozialismus in Deutschland, der jetzt die reine Sache des Proletariats gegen die Reaktion wie gegen unheimlich-würgende Spionagetriebe und Gewerkschaftsbrut vertritt!

### Ihr müßt wachsam und bereit sein,

denn der Kampf geht unablässig weiter. Im Herbst ist der Landtag und vielleicht bald ein anderer und besserer Reichstag zu wählen.

### Arbeitet vor,

schärfet eure Waffen, vervollständigt eure Meinung, festigt die Reihen, klärt die Unwissenden und Verwirrten auf Das Arsenal ist

### eure Presse,

die der Feind umloht aller Feinde der Sozialdemokratie. Stärkt sie durch zahllose Werbearbeit, setzt sie dadurch in den Stand zu immer höheren Leistungen, auch zur Konkurrenz im sozialpolitischen Nachrichtendienst mit der Sunnespresse.

## Werbt der „Volksstimme“ Abonnenten und der Partei neue Mitglieder!

## Notizen.

**Die Uebergabe der zweiten Zone an Deutschland.** Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Internationalen Kommission über die Abstimmung in der zweiten Zone von Nord Schleswig muß die aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission binnen 14 Tagen zusammentreten, um die Grenze abzustecken. Die für Flensburg abgegebene Stimmenzahl wird in dem Bericht wie folgt angegeben: 8944 Stimmen für Dänemark, 27 081 für Deutschland. Unter den letzteren befinden sich 8000 aus dem Süden zugewandte Personen.

**Proteststreik in Ludwigshafen.** Als Protest gegen die willkürliche Verhaftung von Arbeiterführern durch die französische Besatzungsbehörde legten heute mittag in Ludwigshafen sämtliche Arbeiter der Eisenbahnbetriebsstätten und ein Teil der Lokomotivführer die Arbeit nieder.

**Der Prozeß gegen die Marburger Studenten.** Das Verdict der ehemaligen 22. Division begann am 15. Juni die Verhandlungen wegen der Vorkommnisse bei Bad Thal (Ehringen). Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch, in Verbindung mit Todschlag. Der Hauptangeklagte Leunant a. D. stud. jur. Göbel erklärte, daß die erschossenen Gefangenen auf dem Transport nach Eitelshardt Fluchtversuche unternommen hätten. Das gleiche erging den weiteren drei Angeklagten Engelbrecht, Jahn und Kraus am 16. Juni findet in Wehrverdict eine Lokalbefragung statt.

## Die neuen Fernsprechgebühren.

Wir geben nachstehend eine Uebersicht über die erhöhten Fernsprechgebühren, die am 1. Juli in Kraft treten. Die Kündigungsfest für Teilnehmer, die ihren Anschluß infolge der gewaltigen Verteuerung der Gebühren aufgeben wollen, lief am 15. Juni ab.

Die Pauschgebühren betragen in Zukunft

in Reihen von nicht über	50 Anschlüssen	320 Mk.
bei mehr als	50 bis einschließlich	100 „ 400 „
100 „	200 „	480 „
200 „	300 „	560 „
300 „	1 000 „	600 „
500 „	5 000 „	640 „
1 000 „	10 000 „	680 „
2 000 „	20 000 „	720 „
3 000 „	30 000 „	730 „
4 000 „	100 000 „	800 „

Die Grundgebühr bei Anschluß mit Gesprächszählung beträgt

in Reihen von nicht über	1 000 Anschlüssen	240 Mk.
bei mehr als	1 000 bis einschließlich	300 „
5 000 „	10 000 „	360 „
10 000 „	20 000 „	400 „
20 000 „	50 000 „	440 „
50 000 „	100 000 „	480 „

Die Gesprächsgebühr beträgt 20 Pfennig für jede Verbindung.

Strebet ist zu bemerken, daß in Magdeburg die Zahl der Teilnehmeranschlüsse zwischen 5000 und 10000 beträgt, so daß für Magdeburg jezt eine Pauschalgebühr von 680 Mark und ein Grundgebühr von 400 Mark in Frage kommt. Ferner ist als Vorbedingung für die Verfassung der bestehenden und die Herstellung neuer Anschlüsse von jedem Fernsprechnutzer ein einmaliger Beitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß zu leisten. Die Zahlung kann einmalig oder in vierteljährlichen Raten von 250 Mark erfolgen. Der Beitrag wird mit 4 vom Hundert verzinst und bei Aufhebung des Anschlusses zurückgezahlt.

Die Gesprächsgebühren im Fernverkehr betragen für eine Verbindung von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer einschließlich 80 Pfennig, bis zu 50 Kilometer 1 Mark, bis zu 100 Kilometer 2 Mark, bis zu 300 Kilometern 3 Mark.

## Bekanntmachung.

Abgabe von Petroleum an sämtliche Haushaltungen. Die Gültigkeit der Karte Z der Einfuhrzulassung für Juni, auf welche laut Bekanntmachung vom 25. Mai 1920 in der Zeit vom 1. bis 10. Juni für je 2 Marken zusammen 1/4 Liter Petroleum oder für jede Marke 1/8 Liter verbraucht werden konnte, wird auf Wunsch der Bevölkerung bis auf weiteres verlängert.

Magdeburg, den 14. Juni 1920. Der Magistrat.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

— Verwaltung Magdeburg. — Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, l. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr, 143 — Sonntags geschlossen. — Telefonruf 1912.  
Freitag den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr  
**Große Vorstandssitzung**  
im Bureau.  
Wir ersuchen, pünktlich zu erscheinen.  
Die Verwaltung.

## Reichsangestellten-Lebensversicherung.

Zur Bearbeitung vorliegenden Materials suchen wir **Gilfsträfte für den Hausdienst!** Bedeutende Verdienstmöglichkeiten für Damen u. Herren, auch solche, welche sich nur im Nebenamt betätigen können, wollen sich sofort melden. 1920  
**Deutsche Lebensversicherungsbank Arminia**  
Aktien-Gesellschaft, München.  
Verwaltungsbureau Magdeburg, Kaffeestr. 42

## Kaucht Bonitas!

**Gummiringe**  
für  
**Konservengläser**  
prima Qualität  
**Hugo Nehab**  
Johannesbergstrasse 2

Zu verkaufen vom Abbruch Ziegelei Mertens, Rothensee.  
1 gut erhaltenes Schuppen 10,20 x 11,50 Meter 13,00 „ 61,00 „  
1 „ „ 15,80 „ 46,80 „  
200 Kubikmeter vollkommene gebrannte Ziegel- und Dachziegel, Dachplatten 1417  
1 maßt. Schornstein, 42 Meter hoch, 1 Maßeisengast  
**Gustav Stieger, Fernspr. 7395**

## Arbeitsmarkt

Durchaus erfahrener  
**Funkermechaniker**  
welcher mit allen Systemen der Funkentelegraphie vollkommen vertraut ist, kann sofort als Stuhlhandwerker eingestellt werden.  
**Brigade-Nachrichtenpart 4,**  
Kavallerie-Regiment.

## Kohlen-Ausgabestelle St.-Michael-Str. 21a

Verkaufszeit täglich von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags.  
Wir empfehlen  
**Briketts — Grudekoks**  
und sonstige Brennmaterialien  
in bester Beschaffenheit. 1381  
**Schultze & Scharrer G. m. b. H. & Co.**  
Fernsprecher 1128.

**Kakao**  
in bester vorzüglicher Qualität, rein und fettfrei, 26% Fettgehalt, Mark 19,00 das Pfund, bei Abnahme von mindestens 10 Pfund Mark 18,50 das Pfund, bei Abnahme von mindestens 50 Pfund Mark 18,00 das Pfund. A.300  
**Deutsche Schokolade**  
die im Gummifasern-Markt  
**Curt Rabe, Magdeburg**  
Moltkestraße 12c, Eingang Fürstentor.

## Maurer

werden auf der „Kleinen Schifferstr.“ in Magdeburg vom Bauherrn eingestellt. Bahnfahrt wird gezahlt. 1491  
**Max Kramer, Baugeschäft**

## Wohnungstausch

in Südost. Febl. 3-Zimmer-Wohnung in Südost gegen eine 4-Zimmer-Wohnung in Südost zu vertauschen.  
Augusta Slotta, Südbergstraße 5.

## Richard Franke

im blühenden Alter von 32 Jahren, mit treuen Angehörigen, einer Partei werden wir ihm ein erprobtes Andenken bewahren. 2381  
Der Vorstand.

Wer gibt Unterricht in Galteswissenschaften, Suggestion, A. Hypnose Institut auch angenehm. — gute Bezahlung. — nur in Magdeburg für Schüler! Angebot unter A. 484 an Rudolf Mosse, Magdeburg. M296

## Wasserglas

Herrn. Musche, Wilhelmstraße 11.  
Dienstag früh entschließte sich nach langem Zögern, welches er sich im Weltkrieg zugezogen hat, unser heiligster, strebsamer Sohn, bezengener Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Onkel, der Schloffer **Georg Grün** im 23. Lebensjahre, 1487 Or.-Osterfesten 15. Juni, in seinem Wohnort, Familie August Grün, Beerbigung am Freitag nachmittags 4 Uhr vom Trauerhaus, Halberstadt, Straße 31d, aus.

## Männer-Gesangsverein

**Freundesband**  
Stadtruf.  
Pünktlich und unerwartet ist am 12. v. M. der Tod unsern lieben Gesangsbruder  
2363  
**Oskar Heinrichs**  
aus unsrer Mitte. Wir beklagen den Verlust auf tiefste Weise und werden ihn über das Grab hinaus nicht durch die Erinnerung bewahren.  
Stamm schließt der Sänger.  
Der Vorstand.



# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 139.

Magdeburg, Donnerstag den 17. Juni 1920.

31. Jahrgang.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 16. Juni 1920.

### „Preis“-Mäfel.

Der Wochenmarkt nimmt zu an nahrhaften Dingen, sein äußeres Bild ist in dauernder Veränderung, denn Feld und Garten schicken immer neue Gäste, beständig bleiben nur die hohen Preise. Die lassen sich weder vom Sonnenschein noch von Regen und Stürmen, weder vom reichlichen Wachstum in der Umgegend noch von guten Zufuhren bewegen, von ihrer Höhe herabzuheizen. Sie bleiben oben. Heute gab es Kürbisse immer noch zum Preise von 2,50 bis 3 Mark das Pfund. Erdbeeren waren für 4,50 bis 5 Mark zu haben. Johannisbeeren kosteten 3 bis 3,25 Mark pro Pfund. Grüne Stachelbeeren 1,20 bis 1,40 Mark pro Pfund. 1,40 bis 1,80 Mark. Schoten sind auf 80 Pfg. bis 1,10 Mark pro Pfund gesunken. Die Preise für Mohrrüben, Kohlrabi, Gurken und Blumenkohl sind nahezu unverändert. Spargel steigt im Preise, da seine Zeit zu Ende geht. Ebenso geht es beim Haberbarber. Ersterer kostet 2 bis 3 Mark, letzterer 80 bis 60 Pfg.

Neue Kartoffeln sind reichlich angefahren. Sie kosten 1,20 bis 1,80 Mark pro Pfund. Jedem, der es hören will, sagen 3 die Händlerinnen, daß es hiesige Kartoffeln sind. Von einem Modeverbot bis zum 1. Juli weiß man anscheinend nichts. Das Modeverbot ist nicht erlassen, um den Kauf der neuen Kartoffeln zu erzwingen, sondern um zu verhindern, daß hiesige Kartoffeln halbreif aus der Erde gerissen und als Auslandskartoffeln zu Wucherpreisen verkauft werden.

Eine Händlerin wagte es, Erdbeeren für 4 Mark das Pfund abzugeben. Sicher konnte sie auch bei diesem Preise bestehen, denn aus reiner Liebe zu den Käufern wird sie nicht auf den Verdienst verzichtet haben. Als ihr der „billige“ Preis zahlreicher Kundenschaft an den Stand geführt hatte, gab es bei den Händlerkollegen große Entrüstung. Ueberhaupt hält man auf Preis und hat die Kontrolle auch gut organisiert. Wenn ein Handelsmann oder eine Handelsfrau sich berechnen, daß sie auch ganz gut leben könnte, wenn sie die Ware für diesen und jenen Preis abgeben könnte, vielleicht etwas niedriger, als die offizielle Händlermeinung ihn bestimmt, dann kommt die Kontrolle und sucht eifrig zu korrigieren.

Die „freie“ Preisfestsetzung, die wir jetzt haben, gibt überhaupt manches Rätsel auf. Nicht nur in Magdeburg. So lesen wir aus Berlin, daß dort in großen Warenhäusern Stachelbeeren 50 Pfg., Erdbeeren über 1 Mark, Radieschen um 50 Prozent billiger verkauft werden als auf dem Berliner Wochenmarkt. Die hohen Preise will man immer begründen mit den hohen Herstellungskosten. Es ist merkwürdig, daß diese „Preisursachen“ nicht gleichmäßig wirken. Es sind im Verkauf Unterschiede möglich, die bis 50 Prozent des Preises hinausgehen. Wo ist nun die notwendige und begründete Preisfrage? Wer bestimmt sie? Unterschätze die Profitsucht oder reelles Geschäftsgeschehen. In Berlin, der Millionenstadt mit ihrer ungeheuren Nachfrage, kostet in Warenhäusern ein Pfund Kirschen 1,75 Mark, auf dem dortigen Markt 4 und 5 Mark. Ob ein Handelsmann diese „Preis“-Mäfel lösen kann, ist sehr zweifelhaft.

Auf dem Obstmarkt geht es wieder wild her. Das ideale „freie Spiel der Kräfte“ vermag auch mit der reichsten Ernte so glänzend zu wirtschaften, daß für arme Schüler nichts übrig bleibt. Am schlechtesten fährt dabei der reelle Geschäftsmann. In der Fachzeitung „Der deutsche Fruchtgroßhändler“ wird über Preistreiberien bei Obstverpackungen geschrieben:

Mit Sorge sieht der ausländische, reelle Händler, der wenn er nicht bröckeln will, mitmachen muß, der Saison entgegen. Für eine Obstmaße, die in den letzten Jahren mit 1000 bis 1200 Mark verpackt gewesen ist, erbrachte die diesjährige Verfeinerung zusätzlich des Stammgelbes 25 000 Mark. Für eine andre Obstmaße, die mit 2100 Mark verpackt war, wurden 25 000 Mark erzielt. Den Rentner Kirschen auf dem Waume bewerten diese Händler mit 50 bis 60 Mark; rechnet man nun die hohen Pfänderlöhne und sonstigen erhöhten Geschäftskosten dazu, dann kann man annehmen, daß der Rentner Kirschen nicht unter 100 Mark im Großhandel zu haben sein wird.

Hierzu ist zu bemerken, daß gerade die Fachzeitungen als Verfechter des „freien“ Handels die gewaltigsten Schimpfkanonaden eröffnen, wenn eine gebundene Wirtschaft gefordert wird, um die Mängel des freien Wirtschaftssystems bei Vorhandensein der Güternappheit zu überwinden. Der gesunde, volkswirtschaftlich richtige Satz „Großer Umsatz — Kleiner Nutzen“ läßt sich nur in einer geregelten Wirtschaft durchführen. Daß kleine, kapitalistische Handelsleute bei der organisierten Wirtschaft, die auch „Zwangswirtschaft“ genannt wird, noch verhältnismäßig gut bestehen können, während sie der freie Handel in geschäftliche Unsicherheit und Gefahren stürzt, geben sachkundige Geschäftsleute auch zu. Was jetzt im Zeichen des „freien“ Handels geschieht, ist Wahnsinn. Anders muß es werden. Von der reichen Ernte muß der kleine Mann auch etwas haben.

Unser Roman. Nach Angenrubers, der in seinem „Schandek“ österröschische Bauern aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts anschaulich schilderte, kommt in unserm Roman „Wilhelm Picard“, mit dessen Abdruck wir heute beginnen, ein Wirt lebender zu Worte, der uns in die allerschlimmste Vergangenheit führt: in den Weltkrieg. Nur und das ist das interessanteste, sehen wir den Krieg von der anderen Seite her, von Frankreich aus. Der Verfasser, der jahrelang in Frankreich war und auch eine Französin zur Frau hat, war auch beim Kriegsausbruch dort und manches was er uns zu erzählen hat, wird den Lesern und Leserinnen sehr bekannt vorkommen. Der Roman trägt schließlich verständlich aus, zwei Menschenkinder zeigen sich über allen künstlich geschaffenen Völkergrenzen hinweg die Hand zum Lebensbunde.

Unfall. Dem Buchdrucker August B., Mollstraße 15 wohnhaft, fiel auf seiner Arbeitsstätte, Große Klosterstraße 9, ein schwerer Papierballen auf den linken Oberarm. So daß dieser stark gequetscht wurde. Der Verletzte wurde in das altstädtische Krankenhaus gebracht.

Der gefährliche Name. Das unabhängige Blättchen von Halle und seine harmlose Schwester von Magdeburg bringen den Ruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Arbeiter der Welt zum Wohl der Ungarn. In beiden Blättern fehlen die Unterschriften. Sehr erklärlich, für den Deutschen Gewerkschaftsbund hat Regier., der „Rechtler“, unterschrieben. Man darf nicht rüffeln, den Lesern ehrlich mitzuteilen, daß Regien zum Kampf auffordert gegen die ungarische Schreckensherrschaft. Man hat Regiens Name bei jeder Gelegenheit durch den Druck gezogen, nun ist man gezwungen, ihn jetzt zu unterschlagen, damit nach außen hin konsequent „radikale“ und gewerkschaftsfeindliche Politik getrieben wird. Das ist unabhängige „Aufklärung“, für die schon eine Namensunterschrift gefährlich werden kann.

Abgabe für Reichszug. Vom deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird uns geschrieben: Für die vom Reichsbekleidungsamt vergebenen Ulster und Entlassungsanzüge sind folgende Arbeitsstunden festgelegt: Ulster 12 Stunden, Sakko 9 Stunden, Hose 4 Stunden, Weste 3 Stunden, diese Stundenzahl muß der Arbeiter oder die Arbeiterin mal den tariflichen Stundenlohn der 3. Klasse von 4,40 Mark bekommen, welche das Geld arbeiten. Maßgaben werden zum Selbstkostenpreis geliefert und nach Fertigstellung des Anzuges mit 3 Mark vergütet. Wo diese Abgabe nicht gezahlt werden, ersuchen wir die Kolleginnen und Kollegen dies im Verbandsbüro, Stephansbrücke 38, zu melden. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen führt laut Verbandsratsbeschluss den Namen „Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband“.

Die Volkspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen (Mittelschicht E. W.) hat am 1. Mai die zweite Sammlung begonnen. Uns wird darüber geschrieben: Die erste, am 30. April erhaltene Sammlung hat an Gesamtpenden 4 208 000 Mark ergeben. Davon wurden 3 000 000 Mark an die Zentrale abgeführt, während über den zum größten Teil in Süddeutschland verbliebenen Rest noch nicht endgültig abgerechnet worden ist. Zur Ausführung der Hilfsarbeiten hat die Zentrale bisher 2 614 000 Mark ausgeschüttet. Die Unkosten der Sammlung sind aus einem besonders, in diesen Anlagen nicht enthaltenen Fonds bestritten worden. Wenn auch mit diesen Beträgen die Not vieler gemildert werden konnte, ist in den kommenden Monaten noch mit einer wesentlichen Zunahme der ergänzenden Hilfe zu rechnen, nachdem durch den im Mai d. J. erfolgten Beitritt der kolonialen Organisationen der Mittelschicht neue Pflichten auferlegt sind, deren Erfüllung nur in der Erkenntnis der Bedeutung der Auslandsdeutschen für den Wiederaufbau und die Zukunft Deutschlands und durch die Opferwilligkeit des deutschen Volkes möglich ist.

Moorlandfiedlung für Soldaten. Die vom Verband gemeinnütziger Kriegsfriedlungen E. G. m. b. H. Leipzig, Planenstraße 13, in der Sammelstelle „Soldatenfiedlung“ in Halle a. S. vereinigte fiedlungswilligen Herrschangehörigen haben Aussicht, baldigst auf Moorflächen ausstichbare Arbeit und anschließend eine Fiedlung auf ausgiebigem Land zu finden. Die Unterlagen sind von dem Verband gegen Einzahlung von 1 Mark erhältlich. Diese Fiedlungsbestrebungen finden lebhafteste Unterstützung bei der Regierung. Es ist nur zu begrüßen, wenn den ehemaligen Soldaten Gelegenheit geschaffen wird, sich eine neue Existenz durch friedliche Arbeit zu gründen. Gelder kann aber nicht verlangt werden, daß auch die Fiedlungsbestrebungen der Kriegsbeteiligten die notwendige Unterstützung erfahren. Hier verhält man sich merkwürdig passiv.

Die Forderung Saluz der Unabhängigen. Die Presse der Unabhängigen befindet sich in einer schwierigen Lage. Bis zur Wahl war die Sache einfach und schön. Man hieß auf die „Rechtler“ ein, die in der Koalition Arbeiterinteressen „verrietten“. Jetzt wird die Sache schwieriger. Dem hiesigen Blättchen der Unabhängigen fällt es besonders schwer, seine Leser von der weitern Daseinsberechtigung der Unabhängigen zu überzeugen. Erschwert wird diese Aufgabe durch die Politik der Sozialdemokratie. In den unabhängigen Blättern las man seit der Wahl zwischen und in den Zeilen die stille Hoffnung, daß die Sozialdemokratie schließlich doch die Koalition mit der Volkspartei einget, und dann wäre es doch so schön gewesen. Es hat nicht sollen sein, die Sozialdemokratie hat versucht, mit den Unabhängigen in einer linksgerichteten Koalition praktische Arbeit zu leisten. Die Unabhängigen lehnten es ab, weil sie um ihr Dasein fürchteten. Nun ist man eifrig dabei, sich von der Schuld der Unabhängigen an einer Rechtsregierung rein zu waschen. Man greift zu Verdrehungen und Entstellungen, um die unzufriedenen Wähler zu beruhigen. Für Magdeburg hatte man eine Funktionärssitzung einberufen, um im vertraulichen Kreise die Stimmung zu heben. Der Bericht in der „Volkszeitung“ sieht recht gewunden aus und trotz aller Bemerkungen liest man aus ihm die Furcht vor den Folgen der Politik nach der Wahl. Geht es doch im Bericht:

Um vor eventuellen Ueberraschungen gedeckt zu sein, wurde ein Antrag angenommen, wonach der Bezirksvorstand für Magdeburg-Anhalt beauftragt werden soll, sofort auf dem Land öffentliche Versammlungen einzuberufen, in denen über die Stellungnahme der U. S. P. zur Regierungsbildung referiert wird, um auch unserer Wählerschaft Rechnung über unsere Haltung abzulegen.

Also zu praktischer Arbeit in einer links gerichteten Koalition reicht es nicht, machen wir Versammlungen, um gegen die bösen „Rechtler“ loszugehen und außerdem die glänzende U. S. P. vor Ueberraschungen zu beden.

Krise in der Zigarrenindustrie. Die badischen Zigarrenfabriken verfügen zurzeit über so große Mengen Rohtabak, daß ihre Lager überfüllt sind. Trotzdem stößt das Geschäft, weil die Verbraucher wegen der hohen Verkaufspreise mit dem Kaufe zurückhalten. Der Weg beginnt verschiedene Zigarrenfabriken in Mannheim und der badischen Pfalz damit, ihre Verkaufspreise erheblich, teilweise bis zur Hälfte herabzusetzen.

Gegen den Wucher mit Bündelzählern. Wegen die hohen Preise der Bündelzähler richtet sich eine besondere Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums an die Preisprüfstellen. Für die Abgabe an den Großhandel sind Höchstpreise vorgeschrieben. Es ist dabei unerheblich, welche Mengen der Großhändler bezieht oder in welchem Umfang der Erzeuger schon an Großhändler insgesamt geliefert hat. Damit haben sich auch die Bündelzähler-Industrie-Gesellschaft und die Vertreter der Industrie einverstanden erklärt. Wenn einzelne Firmen neben dem Großhandel auch Kleinhandel betreiben kann auch vom Erzeuger der Großhandelsverkaufspreis genommen werden, weil mit diesen Mengen mehr Arbeit verbunden ist. Die Umsätze werden dabei dem Betrag des Kleinhandelsverkaufspreises bei Lieferungen an den Großhandel nicht besonders angerechnet werden. Es ist dies sogar eine strafbare Höchstpreisüberschreitung. Gelegliche Höchstpreise dürfen weder unmittelbar noch mittelbar durch Verrechnung besonderer Zuschläge für Steuern, Fracht oder Verpackung u. a. überschritten werden. Die Steuer ist bei dem Höchstpreis berücksichtigt.

Geschloffen wurden aus einem Verkaufsladen am Sudenburger Tor mehrere Kisten Fischkonderven, Bohnen und Schmalz; aus einem Keller in der Nietstraße ein großer Vorken Sp. d. und Dratwaße; aus einem Verkaufsladen in der Kaiserstraße Schokolade und Backwaren verschiedener Art; aus einer Wohnung am Breiten Weg eine goldene Herren-Memontuhr mit silberner Kette und Anhänger; an verschiedenen Straßenbahn-Haltestellen eine silberne Herren-Memontuhr mit goldener langgliedriger Kette und Anhänger goldene Herren-Taschenuhr mit Kette (geg. N. S.); im letzten Falle ist auf die Wiederbeschaffung eine Belohnung von 250 Mark ausgesetzt. Aus einer Wohnung in der Köthener Straße ein brauner und ein schwarzer gestreifter Jodestanzug, ein Paar schwarze Schnürschuhe; von einem Hofe am Breiten Wege ein Fahrrad, Rahmen und Felgen schwarz, nach oben gebogene Lenkstange.

Schreibschindler. Der Kaufmann Willi Härtel aus Dresden kaufte am 14. d. M. von einem Mechaniker hier in der Lutherstraße zwei Schreibmaschinen für 5400 Mark. Er stellte der das Geschäft abschließenden Ehefrau des Geschäftsinhabers einen Scheck aus dem Namen Heinemann über diesen Betrag aus mit dem Vermerk, daß dieser bei der Mitteldeutschen Privatbank ohne Schwierigkeiten eingelöst würde. Die gutgläubige Ehefrau verließ sich auf die Versicherungen und erst nachdem sie sich mit den Schreibmaschinen entfernt hatte, stiegen ihr Zweifel über die Echtheit dieses Schriftstücks auf. Außerdem hatten sich nach ihren telefonischen Feststellungen seitens des Käufers gemachte Angaben über anderweitige Aufkäufe von Schreibmaschinen als unrichtig erwiesen. Die Frau machte der Kriminalpolizei Mitteilung, die die Unechtheit des Schecks feststellte. Es gelang, den Betrüger noch am selben Nachmittage, als er mit den Maschinen die Stadt verlassen wollte, festzunehmen.

Wem gehören die Motoren? Zwei kleine etwa 1/20 PS-Elektromotoren, wie sie für Kino und Ventilatorbetrieb verwendet werden, wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Der eine Motor trägt die Nummer 281 777 — 100/120 Volt — keine Fabrikmarke, der andre die anscheinend gedachten Zeichen Nr. 81988 B 110 J 935 Nr. 1000 — 77 W 1/10, außerdem ist verzeichnet worden, die Firma „Siemens-Schuckert“ wegzukragen. Diese Motoren sowie ein ebenfalls beschlagnahmtes Leistungsschild eines 2-PS-Motors, auf dem die Motornummer entzerrt worden ist, rühren offenbar aus Diebstählen her. Im Zimmer 61 der Kriminalpolizei liegen die Motoren zur Vernehmung aus.

Festgenommen wurde der wohnungslose Konditor Theodor Krotzki, der gemeinschaftlich mit drei Unbekannten in der Nacht zum 3. d. M. in einem Grundstück der Humboldtstraße einen schweren Diebstahl auszuführen versuchte, dabei aber abgefaßt wurde. Zwei Wärter entkamen.

## Magdeburger Partei-Nachrichten.

### Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Friedrichstadt. Berlin. Donnerstag den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mittelbevorstandung im „Friedrichshof“, Turmstraße 5. Referent: Redakteur Müller.

Bezirk Südring. Donnerstag den 17. Juni, abends 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre in der „Palast“.

Bezirk Magdeburger Nord. Am Freitag den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei G. Holz.

Bezirk Fernerleben. Freitag den 18. Juni, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung bei Stange.

Bezirk Südost. Freitag den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Simburg. Referent: O. Wagner.

Bezirk Westermühl. Sonnabend den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Postküche. Referent: Stadtvorortener Sennberg. Geschäftsbesprechungen. Die angelegte Sitzung findet nicht am Freitag, sondern am Montag nachmittags 4 1/2 Uhr statt.

Die Jungspatzen (Sitzungsstufen der jüngeren Parteimitglieder und -genossen). Die Veranstaltung am Freitag fällt wegen der Passivberstellung aus.

### Arbeiter-Jugendklub Magdeburg.

Anlässlich der am Sonnabend stattfindenden Sommerwendfeier fällt des Sommerfestes aus.

Beleggruppe S u a u: Am Donnerstag abends 1/2 Uhr in der Schule Leipziger Straße beliebiger Regitationsabend.

## Theater, Konzerte etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Heute Donnerstag „Manon Lescaut“, Freitag „Parsifal“, Sonnabend „Manon Lescaut“, Sonntag (Vorstellung für den Arbeiter-Bildungs-Ausschuss) „Parsifal“.

Im Theater. Heute Donnerstag „Mit Selbstberg“, Freitag „Der Großkavalier“, Sonnabend und Sonntag „Die drei Mägde“, Vierzehntheater. Heute Donnerstag „Die Schmetterlingsflügel“, Freitag „Andertraggdie“, Sonnabend und Sonntag „Aurora“.

Städtische Orchester. Mittwoch, 23. Juni, abends 7 Uhr, im Konzertsaal: Violoncello. Leitg. Kapellmeister Stumann. Eintrittskarten (zu 1 Mk.) bei Heinrichshofen, im Verkehrsverein und an der Abendkasse im „Konzertsaal“.

## Aus der Parteibewegung.

Parteitag im Herbst. Der Parteivorstand erklärte sich mit dem Vorschlag des Parteivorstandes einverstanden, daß auch in diesem Jahr ein Parteitag stattfinden soll. Sollten die politischen Verhältnisse nicht einen anderen Zeitpunkt geeigneter erscheinen lassen, so würde der Parteitag Mitte Oktober vermutlich in einer mitteldeutschen Stadt abgehalten werden. Die Tagesordnung des Parteitags wird endgültig in der Parteivorstandung erörtert werden, doch ist der Parteivorstand mit den Vorarbeiten betraut worden.

## Sport und Spiele.

### Arbeiter-Sportklub Magdeburg.

Am 14. Juni fand die monatliche Sitzung des Kartells statt, in der nach längerer Geschäftsordnungsdebatte der Genosse Gustav Meyer (Nhl.), Große Klosterstraße 10a, zum Kassierer und der Genosse Lorenz (L.), bis zur endgültigen Wahl eines Vorstehers, zur vorübergehenden Leitung der Geschäfte bestimmt wurden. Zum ost-erweiterten Kapitel Jugendpflege und Arbeitersportler nahmen die Delegierten in einstimmiger Weise einen Beschluß an, der in nächster Zeit ausführlich in der Öffentlichkeit behandelt werden wird. Ein korporativer Anschluß an den am Orte bestehenden Ortsanerschluß für Jugendpflege wurde abgelehnt und die Gründung eines Jugendamtes, welches dem Ausschuss für Vorbereitungen angegliedert ist, gefordert. Für die Erteilung von Erlaß für Pflicht-Schulunterricht an den Fortbildungsschulen durch die Sportvereine wurde beschlossen, die Jugendlichen durch Plakate, Anzüge, durch Aufklärung in den Fabriken usw., die Eltern durch Aufklärung in der Presse für unsern Sport zu gewinnen, um selbstbewußt die Arbeiter in die Arbeitervereine zu bringen. In der Agitation auf dem Lande können die Bezirkssekretäre der sozialdemokratischen Parteien den Volkssport fördern, wenn sie in den Versammlungen darauf hinweisen, daß ein Arbeiter infolgschwerer Handel, wenn er sich den deutschen Turnern usw. anschließt. Zu der Sitzung am 21. Juni in der Viktorienstraße, Nismarktstraße Nr. 2, werden alle Vereine aufgefordert, einen Vertreter zu entsenden, um die Bedingungen über Pflicht-Schulunterricht, Erlaß kennenzulernen. Unter Vorbehalt wurde mitgeteilt, daß die freie Turnerschaft „Südost“ am 20. Juni im „Turnpark“ ihr 25-jähriges Bestandsfest begeht und daß aus diesem Anlaß eine rege Beteiligung aller Freunde des Sports erwartet wird. Die nächste Sitzung findet am 18. Juni im Restaurant „Zum Bodensteiner“, Breiter Weg, statt.

Provinz und Umgegend.

Kreis Wangleben

Die Landarbeiter für die Sicherung der Ernte.

Am Sonntag tagte in Wangleben eine sehr gut besuchte Land- wirtschafliche Vertreterkonferenz des Kreises. Hierzu waren Landrat Genosse Hahn und als Vertreter des Arbeitgeberverbandes Rittergutbesitzer M. Schaefer erschienen.

In Erwägung, daß eine gute Ernte bevorsteht, wodurch schon jetzt unzählreiche Arbeiter zu erledigen sind glaubt die Betriebs- leitungsstelle des Kreises Wangleben den Landarbeitern und

Zwei Vertreter aus dem Kreise Kalbe, Holz und Flemitz g hatten sich ebenfalls zu der Tagung eingefunden, um ihre kommuni- kativsten Ideen bei den Landarbeitern anzubringen.

Diesdorf, 16. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) In sehr gut besuchter Mitgliederversammlung sprach Genosse Fexi über „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“

Kreis Wolmirsdorf-Neuzahlenleben. Hundsbürg, 16. Juni. (Eine öffentliche Versam- lung) beim Genossen Weinberg, die sehr stark besucht war brachte eine lebhaft ausgeführte Gemeindevorlesung.

Kreis Serschow 1 und 2.

Burg, 16. Juni. (Schon wieder.) Der zweite größere Unglücksfall innerhalb 14 Tagen ereignete sich bei der Munition- zerlegungs- u. s. w. „Mote Mühle“.

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Julien. Nachdruck verboten.

Wie hätte ich Sieber des Hasses schreiben können ohne Haß!

Und unter uns, ich haßte die Franzosen nicht, wiewohl ich Gott danke, als wir sie los waren.

Ueberhaupt ist es mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn am härtesten und heftigsten finden.

Gaethe zu Eckermann, den 13. Februar 1831.

Sie bin der Freund der Franzosen, wie ich der Freund aller Menschen bin, wenn sie vernünftig und gut sind.

Ja, nicht bloß Haß und Lothringen, sondern ganz Frank- reich wird uns alsdann zufallen, ganz Europa, die ganze Welt

Und man wird Frankreich sich wieder aufrichten sehen, und sehen wird man, wie es Lothringen wieder ergreifen wird, wie es Haß wieder ergreifen wird.

Rein. . . . . Er wird es ergreifen, Mainz, Köln, Koblenz, das ganze linke Rheinufer. . . . . Und Frankreich wird man rasen hören: Jetzt ist an mir die Reihe! Deutschland, da bin ich! Bin ich dein Feind? Nein! Ich bin dein Bruder.

Und man wird Frankreich sich wieder aufrichten sehen, und sehen wird man, wie es Lothringen wieder ergreifen wird, wie es Haß wieder ergreifen wird.

Rein. . . . . Er wird es ergreifen, Mainz, Köln, Koblenz, das ganze linke Rheinufer. . . . . Und Frankreich wird man rasen hören: Jetzt ist an mir die Reihe! Deutschland, da bin ich! Bin ich dein Feind? Nein! Ich bin dein Bruder.

Und man wird Frankreich sich wieder aufrichten sehen, und sehen wird man, wie es Lothringen wieder ergreifen wird, wie es Haß wieder ergreifen wird.

fahrung bringen, da die Direktion eifrig bemüht ist, alle derartigen Vorkommnisse möglichst lange geheimzuhalten oder über sie selbst zu berichten.

Kreis Queblinburg-Nieherleben-Kalbe.

Kalbe, 16. Juni. (Preisstreiberel im Eierhandel.) Auch in diesem Kreise überdient sich die Händler gemeinlich beim Eierkauf.

Nachterstedt, 16. Juni. (Grube Konordia aber- ich we m t.) Ueber die Betriebsführung auf der Kohlengrube Konordia, von der wir in Nr. 138 der „Vollstimme“ Mitteilung machten,

Stahfurt, 16. Juni. (Der eine geht, der andre kommt.) Wir haben über die Reise der Oberberggräte Biervogel und Waute nach Spanien und ihre Erfolge berichtet.

Stahfurt, 16. Juni. (Der eine geht, der andre kommt.) Wir haben über die Reise der Oberberggräte Biervogel und Waute nach Spanien und ihre Erfolge berichtet.

Stahfurt, 16. Juni. (Der eine geht, der andre kommt.) Wir haben über die Reise der Oberberggräte Biervogel und Waute nach Spanien und ihre Erfolge berichtet.

Kreis Serschow 1 und 2.

Burg, 16. Juni. (Schon wieder.) Der zweite größere Unglücksfall innerhalb 14 Tagen ereignete sich bei der Munition- zerlegungs- u. s. w. „Mote Mühle“.

auf fast alle Städte zu. Alles übrige aber ist natürlich wieder ein- erfunden!

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Weinigerode.

Weinigerode, 16. Juni. (Bemerkter Schwendel- teid.) Bei einer Arbeiterkonferenz erschien morgen ein Bote, der angeb- lich von der Arbeitstätte ihres Mannes zu kommen, wo dieser verunglück- tel.

Kleine Chronik.

Pandgranaten gegen Straßenpassanten. In der Sonntag- nacht kamen zwei Angehörige aus dem „Lafé zum Kriminalgericht“ in Alt- W o a b i t und schossen auf vorübergehende Passanten.

Im Kampfe mit Einbrechern getötet. In Bodelstam- (Kreis Celle) drangen Einbrecher nachts in das Wohnhaus des Ritters- Hering ein.

Filmexplosion. In Falkenberg (Prov. Sachsen) ereignete sich während einer Vorführung des Films „Die Herrin der Welt“ im Schi- spieltheater eine Filmexplosion.

Den eigenen Sohn erschossen. Ein tragischer Vorfall wird aus dem Dorfe Bienenitz bei Belgrad (Bosnien) gemeldet.

Vereins-Kalender.

Verband der Kupferschmiede. Am Donnerstag den 17. Juni, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Götze, Kleine Klosterstraße 8.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Parbubts, Brandts, Mandts), date (15. 6.), and water level changes (Fall, Wuchs).

Wettervorhersage.

Donnerstag den 17. Juni: Rest heiter, trocken, warm. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Advertisement for 'Hühneraugen?' (corns) with text: 'Da hilft nur Parfite das Gabel und Ader- witzende Mittel. Ueber- geg. Apotheken, Galen u. Wurzeln mit besten Erfolg angewendet. Preis 2.50 Mark.'

bilden, eine Familie, eine Republik. Ich werde meine Festungen demolieren, du wirst die deinen demolieren.

am 1. Mai 1871 in der französischen Nationalversammlung.

Die Folgen einer Zeitungslektüre.

Wilhelm Picard, als er so durch das französische Land fuhr, Lisbeth, seine Frau, neben ihm sitzend, während rund herum alles Französisch sprach, fühlte sich ganz sonderbar.

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

Und so führen sie denn — Lisbeth neugierig und etwas bange, Wilhelm unter dem Banne heimlich-fremder Eindrücke

„Ob Du nach Paris fahren willst?“ Lisbeth meinte, daß er scherze. Doch als er ihr das Ju- serat zeigte, erklärte sie es für Schwindel, daß man den Fran- zosen nicht trauen dürfe, und wer weiß, was da wieder dahinter- stecke.

„Damit war Lisbeth einverstanden: „Dein Vater weiß De- scheid; er ist ja selber ein Franzos.“

Jean Picard war in der Tat ein Franzose, sogar Pariser, ein echtes Pariser Vorstadtkind, wenn er auch schon seit dreißig Jahren in der Mainstadt Hanau lebte und durch

Er war groß und hager, von beweglicher Phlegma, die Augen, in denen der Schalk lag, von Intelligenz funkelnd.

„Der Alte ließ ein „saprill!“ — hören. „Durouffeu, ergründet die Dube noch? Da habe ich gearbeitet, von achtzehn- hundertsechszwanzig bis achtzehnhundertachtundsechzig.“

„Der Alte frakte sich hinter den Ohren. Er war nachdenklich geworden. Sein Sohn wollte nach Frankreich, nach Paris! Er

„Der Alte ließ ein „saprill!“ — hören. „Durouffeu, ergründet die Dube noch? Da habe ich gearbeitet, von achtzehn- hundertsechszwanzig bis achtzehnhundertachtundsechzig.“

„Der Alte frakte sich hinter den Ohren. Er war nachdenklich geworden. Sein Sohn wollte nach Frankreich, nach Paris! Er

„Der Alte ließ ein „saprill!“ — hören. „Durouffeu, ergründet die Dube noch? Da habe ich gearbeitet, von achtzehn- hundertsechszwanzig bis achtzehnhundertachtundsechzig.“

„Der Alte frakte sich hinter den Ohren. Er war nachdenklich geworden. Sein Sohn wollte nach Frankreich, nach Paris! Er

„Der Alte ließ ein „saprill!“ — hören. „Durouffeu, ergründet die Dube noch? Da habe ich gearbeitet, von achtzehn- hundertsechszwanzig bis achtzehnhundertachtundsechzig.“

„Der Alte frakte sich hinter den Ohren. Er war nachdenklich geworden. Sein Sohn wollte nach Frankreich, nach Paris! Er

„Der Alte ließ ein „saprill!“ — hören. „Durouffeu, ergründet die Dube noch? Da habe ich gearbeitet, von achtzehn- hundertsechszwanzig bis achtzehnhundertachtundsechzig.“





